



Berichte und Kommentare

2/2012

- **KV Wahl 2012 - wählen und glauben**
- **Stille Tage in Gefahr?**
- **Kirche und Gewerkschaft - gleiche Werte, aber jeder für sich**

Arbeitskreis Evangelische Erneuerung



Inhaltsverzeichnis

Christine Wolf: Editorial	3
Lebendig, kräftig, schärfer ... wählen und glauben Von Uli Willmer	4
Herbert Römpf: Zivilsteuer - eine notwendige Alternative?	6
Karl-Friedrich Grimmer: Entwurf eines Antrags an die Synode	8
Hans-Gerhard Koch: Kirche und Gewerkschaft - getrennt marschieren für gemeinsame Werte?	9
Stille Tage sind wichtige Zeiten - Erklärung des Leitenden Teams	11
Annekathrin Preidel: Stille Tage, was sonst?	13
Aufgespießt: Besondere Loyalität?	16
Michael Thiedmann: Generation 2012	17
Gerhard Monninger: Kommt jetzt die Energiewende?	20
Wolfgang Noack: Dreißig von Elftausend - die andere Seite des Weltklimagipfels	22
„Weltwärtsfreiwillige“ - Erfahrungen junger Leute im Bundesfreiwilligendienst	24
Uwe Lang: Notwendige Abschiede - eine Buchbesprechung	26
Hans-Gerhard Koch: Dritter Weg - ein Holzweg	28
Beitritt - Adressen - Termine	30
Leila Kleineidam: Wa(h)lfische	32

Editorial von Christine Wolf

Liebe Leserinnen und Leser,

die Euro-Krise ist ein Dauerbrenner: Im Juni 2012 nimmt nun Spanien den Platz auf den Titelseiten ein, ein Ende scheint nicht in Sicht. Dadurch ist es still geworden um andere Themen, die aber deshalb nicht an Bedeutung verloren haben. Um genau solche Themen geht es in dieser B&K-Ausgabe.

So befasst sich unter anderem Gerhard Monninger mit der Energiewende; Wolfgang Noack schließt daran an mit seinen Eindrücken vom Weltklimagipfel in Durban aus der Perspektive von NGO-Gruppen. Von stillen Helfern handelt auch Selma Krugs Erfahrungsbericht über ihren Dienst als Weltwärtsfreiwillige in Bolivien.

Auch die Stille selbst wird in dieser Ausgabe zum Thema, wenn es um den Schutz stiller Tage geht.

Dass eindringliches Hinweisen auf stille Themen nötig ist, damit sich etwas tut, zeigen Herbert Römpf und Karl F.



Grimmer mit ihren Anträgen an die Landessynode.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre, sei es in stillen oder lauten Stunden.

Ihre

Christine Wolf
Stellvertretende Sprecherin des AEE

Lebendig, kräftig, schärfer!

Wie Wählen und Glauben

zusammenpassen

Von Uli Willmer

„Ich glaub. Ich wähl.“ So heißt, bewusst zweideutig und um die Ecke gedacht, das Motto der Kampagne zur Kirchenvorstandswahl am 21. Oktober 2012. Uli Willmer, stellvertretender Sprecher des aee, schreibt, warum Glauben und Wählen gut zusammenpassen, und stellt zehn Fragen, die man, aus aee-Sicht, Kandidaten auch stellen könnte.

Glauben und Wählen, eine interessante Paarung. Das Verhältnis von Glaube und Vernunft zu bestimmen, das ist uns Theologen schon geläufiger. Und doch: Es gehört für uns Protestanten zusammen. Unser Glaubensverständnis hat etwas Demokratisches. Gibt es doch bei uns kein Lehramt, keine ein und alles entscheidende Autorität - außer der Heiligen Schrift. Und zu der hat jede und jeder Zugang. Deswegen war Martin Luther die Bildung so wichtig. Dass jeder und jede die Bibel in Deutsch lesen und verstehen kann.

Und wie könnte das Priestertum aller Getauften besser seinen Ausdruck finden, als durch Wahlen des Kirchenvolkes, durch Wahlen der Gläubigen. Und so gehört es eben zusammen: Das Glauben und das Wählen.

Lange hat es gedauert, bis die Evangelische Kirche ihr positives Verständnis von Demokratie zum Ausdruck brachte, 1985 in der Demokratiedenkschrift. Da

waren schon viele Protestanten mutig voran gegangen, hatten sich nach 1945 eingemischt in den demokratischen Staat: Gustav Heinemann, Hildegard Hamm-Brücher, Johannes Rau, Richard von Weizsäcker, um nur einige zu nennen.

Wir Evangelische haben demokratische Strukturen in unserer Kirche, auf sie können wir stolz sein. Auch wenn es natürlich immer noch vieles zu verbessern gilt. Doch wir haben viele Möglichkeiten. Durch die Kirchenvorstandswahlen bekommen unsere Gemeinden lebendige Gesichter. Und die KVs haben echte Kompetenzen. Wofür geben wir Geld aus? Wo setzen wir Schwerpunkte? Welche Arbeitsbereiche in der Gemeinde sind uns wichtig? Wie wollen wir Gottesdienst feiern? Wer vertritt unsere Gemeinde nach außen? Hat der Pfarrer den Vorsitz oder eine Ehrenamtliche?

Und dann geht das Ganze ja noch weiter: Die Dekanatsynoden und die Dekanatsausschüsse, ihnen kommt bei der Stärkung der Mittleren Ebene eine immer wichtigere Bedeutung zu. Hier geht es um die Richtung der Kirche. Und dann natürlich die Landessynode. Die Synodalen werden von allen KirchenvorsteherInnen gewählt. Der Landesbischof wird bei uns gewählt. Nicht bestimmt oder ernannt. Er hat ein Mandat. Die Synode trifft auch manch schmerzliche Entscheidung, aber sie entscheidet. Gremien sind keine Spielwiese ohne Kompetenzen, sondern sie haben welche.

Einiges wurde in den vergangenen Jahren erreicht. Wer 14 Jahre alt und konfirmiert ist, darf den KV wählen. Ehrenamtliche können zum Vorsitzenden gewählt werden. Frauen sind in unserer Kirche als Pfarrerinnen selbstverständlich. Viele Anstöße kamen aus der Jugendarbeit und aus dem aee.
Klar: Es gibt immer noch viel zu tun. Vieles in unseren Gemeinden ist immer noch viel zu pfarrzentriert, das Zusammenspiel der verschiedenen Berufsgruppen muss besser werden, Ehrenamtliche werden mit ihren

Kompetenzen oft nicht ernst genug genommen. Vieles in unserer Kirche wird zu technokratisch angegangen. Aber trotz alledem: Unsere Kirche ist offener geworden in den letzten Jahrzehnten, deutlicher, aufgeschlossener. Das haben wir vielen engagierten Frauen und Männern zu verdanken, die sich eingebracht haben, die beherzt an das Bohren dicker Bretter gegangen sind und gehen, die notwendigem Streit nicht aus dem Weg gegangen sind und gehen.
Glauben und Wählen – ja das passt zusammen.

Kommen Sie mit den KandidatInnen ins Gespräch, fragen Sie nach, ganz praktisch, zum Beispiel mit folgenden Fragen:

1. Setzen Sie sich dafür ein, dass in unserer Gemeinde nur noch fair gehandelter Kaffee getrunken wird?
2. Würden Sie eine Zertifizierung mit dem grünen Gockel unterstützen?
3. Sind Sie dafür, dass ein Pfarrer, eine Pfarrerin, der/die in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft lebt, im Pfarrhaus wohnen kann?
4. Was halten Sie davon, dass ein/e Ehrenamtliche/r den Vorsitz im Kirchenvorstand übernimmt?
5. Würden Sie sich gegen Sonntagsöffnung von Einkaufszentren in ihrem Ort engagieren?
6. Halten Sie die Vorgänge an den internationalen Finanzmärkten für eine Frage, die den Glauben berührt?
7. Könnten Sie zustimmen, wenn die Rücklagen Ihrer Gemeinde bei der ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft „oikocredit“ angelegt würden?
8. Würden Sie die Einführung eines Gottesdienstes für Suchende und Zweifelnde unterstützen?
9. Können Sie sich vorstellen, mit Nachbargemeinden so eng zusammenzuarbeiten, dass jede Gemeinde Aufgaben für andere mit übernimmt?
10. Würden Sie Finanzmittel Ihrer Gemeinde mit Partnergemeinden in Osteuropa, Brasilien oder Tansania teilen?

Zivilsteuer - eine notwendige Alternative?

Von Herbert Römpp

Man konnte den Kriegsdienst verweigern - sollte man nun nicht auch den Teil der Steuerzahlungen verweigern können, mit dem Rüstungsausgaben finanziert werden? Das ist Hintergrund eines Antrags an die bayerische Landessynode, den ein Initiativkreis Frieden einbringen will. Herbert Römpp, einer der Initiatoren, die vor allem aus dem Kreis der Rummelsberger Diakone kommen, berichtet über diese Initiative.

Es gab keine einzige Gegenstimme. Bei nur einer Enthaltung stimmte unsere Landessynode auf der Herbst-Tagung 2011 dem Antrag von 100 Unterzeichnern zu, sich gemäß der Genfer Konvention für die Ächtung und Vernichtung von Uranmunition einzusetzen.

Begleitend zum damaligen Antrag kritisierten Unterzeichner: "Wie kann die Welt friedlicher werden, wenn wir uns nur gegen eine bestimmte Massenvernichtungswaffe von vielen aussprechen?" Das führte noch vor Jahresende zu einem ersten Treffen der Friedensinitiative Rummelsberger Diakone mit Vertretern von Pax Christi und dem Netzwerk Friedenssteuer. Als Name wurde Initiativkreis Frieden (IKF) gewählt und als Ziel: Deutlicher, selbstbewusster werden. Breitere

Zusammenarbeit suchen für einen konsequenteren Antrag. Der Wortlaut der neuen Eingabe:

„Die Synode der ELKB setzt sich für den Schutz der Gewissen aller Kriegsteuerverweigerer und -Verweigerinnen ein. Sie bittet die kirchenleitenden Organe, Maßnahmen zu treffen, die diesen Schutz durch Beratung und Begleitung sicher stellen. Sie wirkt in Zusammenarbeit mit den kirchenleitenden Organen auf eine gesetzliche Regelung hin [Zivilsteuergesetz], die gewährleistet, dass niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch seine Steuern und Abgaben Kriege und Kriegsvorbereitungen zu unterstützen.“

Inzwischen haben sich bereits ca. 300 Gemeindeglieder, Pfarrer und Diakone diesem Antrag angeschlossen. Fast täglich kommen neue Namen dazu. Bis zum Einreichen der neuen Eingabe für die Synode vom 25. – 29. November in Hof werden weitere Unterstützer gerne aufgenommen.

Neben Einzelunterzeichnern haben sich dem Antrag als Organisationen bisher angeschlossen:

- NEFF Nürnberger Evangelisches Forum für den Frieden
- IPPNW Regionalgruppe Nürnberg, Fürth, Erlangen (Ärzte gegen den Atomkrieg)
- Angefragt sind: LUX – Junge Kirche und Dekanatsjugendkammer Nürnberg, u.a.

Weitere zielgleiche Anträge liegen vorn oder sind in Bearbeitung: von AEE Arbeitskreis Evangelische

Erneuerung, ExEAK Frühere
Leiter der Landeskirchlichen
Beratungsstelle für KDV und ZDL
ÖNB* Ökumenisches Netz Bayern
AES* AK für Entwicklungspolitik
und Selbstbesteuerung

In Diskussionen werden immer wieder vor allem zwei kritische Argumente angeführt. Das erste davon ist, dass sich die geforderte Einführung einer Zivilsteuer nicht umsetzen lasse. Dem steht entgegen: Die Umsetzbarkeit war ausdrücklich Anliegen des im März 2011 erstellten Entwurfs für ein Zivilsteuergesetz. Sowohl Verfassungsjuristen als auch Verwaltungsfachleute waren beteiligt. Zusätzliche Gutachten haben sich damit befasst. Die einzelnen Landeskirchen kennen Anträge von Kriegssteuerverweigerern seit bald 30 Jahren, beginnend mit 1983. Die erste Eingabe an die baye-rische Landeskirche erfolgte 1997 durch Diakon Siegfried Lausch. Aus den angefragten Landeskirchen gab und gibt es keine einzige Unmöglichkeits-Aussage – nur Anerkennung des ethischen Anliegens bei gleichzeitiger Unwilligkeit unterstützende Beschlüsse zu fassen. In einem aktuellen Referat kommt RA Ullrich Hahn u.a. zu folgender Aussage:

“ ... Zur Praktikabilität dieses Zivilsteuergesetzes gibt es mehrere Gutachten. Letztlich ist es eine Frage des politischen Willens, ob dieses Gesetz eingeführt wird oder nicht.“
Nach dem Konzept des erwähnten März-2011-Entwurfs für ein

Zivilsteuergesetz würde es möglich, direkte und indirekte Steuern zu zahlen, ohne dadurch Rüstung und Militär, Kriegsvorbereitung und Kriege mitzufinanzieren. Die Rechte von Steuerzahlenden, die anderer Überzeugung sind, würden dabei nicht verletzt, denn alle Steuerzahlenden würden im jeweiligen Steuerformular ankreuzen können, ob der entsprechende Steueranteil auch in den Bundesmilitärfonds oder nur in den allgemeinen Zivilhaushalt (daher der Name „Zivilsteuergesetz“) fließen soll. Siehe: www.netzwerk-friedenssteuer.de > Zivilsteuergesetz.

Der zweite Einwand bezieht sich auf eine mögliche Überhandnahme und Willkürlichkeit individueller Wünsche für die eigene Steuerpflicht. Zwei Gesichtspunkte zur Versachlichung:
1) Es wird auch nach einer Umsetzung viele Bürger und Christen geben, die es wie bisher dem Staat überlassen, wie ihre Steuern verwendet werden. Niemand wird zur Zivilsteuer gezwungen.

2) Christen, Menschen, die ihre Steuer ausschließlich als Zivilsteuer für Bildung, Gesundheit und Soziale Aufgaben entrichten wollen, handeln nicht willkürlich oder staatschädigend sondern berufen sich auf die im Grundgesetz garantierte Gewissensfreiheit (Artikel 4/3 GG). Ganz aktuell wird unser Einsatz zusätzlich verstärkt durch Pläne des Verteidigungsministeriums, die Bundeswehr so umzugestalten, dass sie

weltweit an 3 Orten gleichzeitig eingesetzt werden kann. Der vermehrte Einsatz deutscher Soldaten (weit) außerhalb unserer Grenzen würde nur möglich bei Missachtung des Verteidigungsauftrags der Bundeswehr, wie er im Grundgesetz Artikel 87a/2 und 26/1 festgelegt ist. Hier darf die Kirche – unsere Kirche – doch nicht schweigen! Muss nicht auch die Frage erlaubt sein, was geschehen wäre, wenn wir statt Milliardenbeträgen für 10 Jahre Krieg in Afghanistan auch nur einen Bruchteil davon für friedlichen Aufbau eingesetzt hätten?

Abschließend noch einmal Ullrich Hahn mit einer bedenkenswerten Zusammenfassung:

“ Es geht ... nicht nur um Seelsorge und Toleranz in Bezug auf die Kriegssteuer- verweigerer sondern um die Frage nach der christlichen Friedensbotschaft, die den Kirchen aufgetragen ist.“

Der vollständige Wortlaut des EKD-Referats sowie eine Zusammenstellung der Anfragen von Kriegssteuerverweigerern an die verschiedenen Landeskirchen können per E-Mail od. Telefon angefordert werden bei herbert.roempp@gmx.de oder unter Tel. 09174/ 3827.

15. September 2012 Studientag "Für Frieden beten wir - zahlen aber für Rüstung und Krieg!" in Erlangen - www.oekumenisches-netz-bayern.de



Antrag an die Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) - ENTWURF

Die Synode der ELKB setzt sich für den Schutz der Gewissen aller Kriegssteuer-Verweigerer und -Verweigerinnen ein.

Sie bittet die kirchenleitenden Organe, Maßnahmen zu treffen, die diesen Schutz durch Beratung und Begleitung sicherstellen.

Sie wirkt in Zusammenarbeit mit den kirchenleitenden Organen auf eine gesetzliche Regelung hin, die gewährleistet, dass niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch seine Steuern und Abgaben Kriege und Kriegsvorbereitungen zu unterstützen.

Begründung:

Der Schutz des Gewissens ist in unserer Demokratie ein hohes Gut. Die persönliche Entscheidung, durch sein Verhalten sich nicht am Krieg zu beteiligen, wurde durch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ermöglicht.

Es geht heute aber nicht mehr nur um eine persönliche Haltung zum Krieg, sondern um das Verhalten, das Krieg strukturell erst möglich macht. Daher ist eine Gewissensentscheidung nicht nur im Blick auf direkte Handlungen zur Vorbereitung des Krieges und im Krieg zu beachten, sondern auch im Blick auf die persönlich zurechenbaren Anteile an der Vorbereitung und Durchführung von kriegerischen Handlungen. Die eigenverantwortete Gewissensentscheidung einer Person darf in dieser Frage nicht begrenzt werden auf den direkten, personalen kriegerischen Akt. Zu den persönlich zurechenbaren Anteilen gehören auch Steuerzahlungen. Das derzeitige Steuerrecht lässt eine Gewissensentscheidung gegen den Krieg und Kriegsvorbereitungen nicht zu. Durch eine Änderung des Steuerrechts, die es garantiert, dass individuelle, persönliche Steuerleistungen nicht den Rüstungsausgaben zugeführt werden, würde diese Gewissensentscheidung ermöglicht. Die Haushaltshebel des Gesetzgebers würde nicht beeinträchtigt. Dieser dürfte nur bestimmte Steuerzahlungen kriegsaffinen Haushaltstiteln nicht zuführen. Es geht um die persönliche Gewissensentscheidung, nicht um die Infragestellung der demokratischen Solidargemeinschaft und ihrer politischen Entscheidungsstrukturen.

Der Antrag steht in einer Reihe mit einschlägigen Denkschriften, Synodenbeschlüssen und Worten der Kirchenleitung zur Friedensethik und führt sie an einer konkreten Frage zwei Schritte weiter. Denn christliche Friedensethik hat immer zwei Wege verfolgt: (1) Die Schärfung des persönlichen Gewissens mit der Ermöglichung von freien Gewissensentscheidungen und (2) die gesellschaftspolitische Meinungs- und Willensbildung. Der Antrag an die Synode stellt Schritte auf beiden Wegen dar. Er dient (ad 2) der Ausweitung der friedensethischen Fragen auf den Fiskalbereich und soll (ad 1) die persönlichen Verhaltensspielräume im Blick auf friedensförderndes Handeln erweitern. Die Umkehrung des Ansatzes wäre entscheiden auf dem Weg hin zu einem friedlich gesonnenen Staatswesen, das seinen BürgerInnen einen großen friedensethischen Spielraum eröffnet und nicht erst durch Totalverweigerer von Steuern ethisch sensibilisiert werden muss.

Erarbeitet im Auftrag des Leitenden Teams von Dr. Karl F. Grimmer.

Rückmeldungen willkommen bis zur Klausur des LT am 20.7.2012

Kirche und Gewerkschaft – getrennt marschieren für gemeinsame Werte?

**Warum es in Deutschland zwei
Bündnisse für gute Pflege gibt**

Von Hans-Gerhard Koch

Es ist nicht das erste Mal: schon im 19. Jahrhundert kämpften evangelische

Kirche und Gewerkschaften für die gleiche Sache, aber meilenweit voneinander entfernt.

Es ging um den arbeitsfreien Sonntag, und irgendwann kam der auch mal. Aber die „roten“ Gewerkschafter – teils durchaus auch stramm atheistisch orientiert – und die konservative evangelische Kirche konnten kein Bündnis schließen, und so kam der

arbeitsfreie Sonntag erst 1919 in die Weimarer Reichsverfassung. Hätten sie gemeinsam gekämpft, wäre das schon viel früher passiert, und vielleicht auch manches andere. Nicht auszudenken, wenn auch die evangelische Kirche im Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Kinderarbeit und für den Achtstundentag auf die Straße gegangen wären, gemeinsam mit der Arbeiterbewegung. Die katholische hatte das ja immerhin verbal getan. Das ist heute zum Glück oft anders. In der „Allianz für den freien Sonntag“ zum Beispiel arbeiten Kirchen und Gewerkschaften an vielen Orten eng zusammen und wenden sich gemeinsam gegen die ausufernden Verkaufssonntage und Ausnahmegenehmigungen. Aber an anderen Stellen klappt das nicht so gut. Wenn es zum Beispiel um eine gute und anständig entlohnte Pflege geht, da gleichen sich die Positionen von Gewerkschaft ver.di, Diakonie und übrigens auch allen anderen Sozialverbänden bis in den Wortlaut hinein. Aber trotzdem gehen sie getrennte Wege. Propagiert die Gewerkschaft mit einigen Sozialverbänden ein „Bündnis für gute Pflege“, so fehlen dort Diakonie und Caritas, die mit Abstand größten Pflegeanbieter. Macht die Diakonie wie im März 2012 in Nürnberg einen Aktionstag für gute Pflege, so fehlt dort die Gewerkschaft.

Fragt man bei der Diakonie nach, so heißt es, man könne ja schlecht mit der Gewerkschaft zusammen auftreten, wenn die gleichzeitig eine Attacke nach der anderen gegen den „Dritten Weg“ des kirchlich-diakonischen Arbeitsrechts reitet.

Fragt man die Gewerkschaft, so hört man dort, dass man ja schlecht mit jemandem zusammenarbeiten könne, der das Streikrecht, die verfassungsmäßige Basis der Gewerkschaften, grundsätzlich ausschließt.

So gehen sie also weiterhin getrennte Wege, und sie werden ihr Ziel – wie schon mal gehabt – dadurch später oder auch nie erreichen. Dafür werden die Dogmatiker auf beiden Seiten die reine Lehre aufrechterhalten und das gute Gefühl, konsequent geblieben zu sein, ohne faule Kompromisse.

Die Frage ist allerdings: Wem nützt das? Und können wir uns das weiterhin leisten? Kirchen und Gewerkschaften sehen doch beide, wie die Krise, die mit faulen Bankpapieren angefangen hat, inzwischen bei den Staaten angekommen ist und ein „Sparprogramm“ nach dem anderen nach sich zieht. Und sparen müssen nicht Investmentbanker, Topmanager oder Millionenerben, sondern Rentner, ALG-II-Empfänger, Studierende. Arbeitnehmern werden ihre Rechte beschnitten – in ganz Europa. Kirchen und Gewerkschaften müssten gemeinsam als AnwältInnen der

betroffenen Männer, Frauen und Kinder dagegen angehen – wer auch sonst?

Aber sie leisten sich nach wie vor den Luxus getrennter Wege.

Übrigens: es gibt seit zwei Jahren eine „Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative Bayern“ (KGI).

In ihr haben sich Personen aus beiden Kirchen und verschiedenen Gewerkschaften verbündet, vor allem Leute, die auf beiden Seiten engagiert sind.

Ein erster Aufruf wurde von über 1200 Funktionsträgerinnen aus Kirche und Gewerkschaft unterzeichnet. Ein zweites Papier, das die gemeinsamen

Stille Tage sind wichtige Zeiten

Erklärung des Leitenden Teams des AEE zum Schutz der Feiertagsruhe vor „stillen Feiertagen“.

Bei Evangelischen sind Tanz und Fröhlichkeit zu Hause – aber zur richtigen Zeit. Es muss auch Tage geben, an denen das sich abwechselnde Arbeiten und Amüsieren zur Ruhe

Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative Bayern
www.wertewandel-jetzt.de

Krise der Werte
Es ist an der Zeit, die richtigen Fragen zu stellen.

Sind Sie, wie wir, auch der Meinung,

- dass unsere Gesellschaft immer unsozialer und ungerechter gemacht wird?
- dass oftmals der Anspruch auf freie Entfaltung auf Kosten der Freiheit des anderen durchgesetzt wird?
- dass die körperliche und vor allem psychische Aggression zur Durchsetzung eigener Interessen stark zunimmt?
- dass die Schere zwischen Arm und Reich (politisch gewollt?)

Dann wollen wir das Gleiche wie Sie!
Die religiösen Traditionen und die gewerkschaftlichen Leitlinien geben Antworten. Wir setzen uns für religiöse und gewerkschaftliche Werte ein wie Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Werte herausarbeitet, ist gerade herausgekommen.

Vielleicht müssen wir ja im 21. Jahrhundert doch nicht die Fehler des 19. und 20. wiederholen.

Näheres über die KGI, u.a. deren neues „Werte-Papier“ unter www.wertewandel-jetzt.de

kommt. Daher unterbreitet der Arbeitskreis Evangelische Erneuerung (aee) in Anlehnung an die dritte seiner 10 Quellen fünf Grundgedanken zur Erhaltung der neun stillen Tage in Bayern (Aschermittwoch; Gründonnerstag; Karfreitag, an dem jede Art von Musikdarbietung in Räumen mit Schankbetrieb ausnahmslos verboten ist; Karsamstag; Allerheiligen; Volkstrauertag; Totensonntag;

Buß- und Betttag und 24. Dezember - Heiliger Abend ab 14.00 Uhr):

1. Es geht nicht an, Wertezerrfall zu bedauern, aber Entstehungszeiten von Werten zu zerstören! Stille Tage müssen wie Sonn- und Feiertage besonders geschützt werden. Die Stillen Tagen werfen die Frage nach dem Sinn aller menschlicher Arbeit und Lebens auf. Sie schenken denen, die sich auf diese Besinnungszeiten einlassen, Zeit für Gedanken an Gott, an Trauer und Hoffnung, an Verantwortung und Umkehr. Offensichtlich genügen die bisherigen gottesdienstlichen Angebote aber nicht, dass sich Menschen dieser Besinnung stellen. Da die Stillen Tage zurzeit legislativ auf den Prüfstand gestellt werden, ist Kirche dazu herausgefordert, Menschen, die an Sinnkrisen leiden, in die Vorbereitung der Stillen Tage mit einzubeziehen. Es sollte angestrebt werden, mit ihnen kirchliche Angebote anzubieten, die die Sinnfrage beantworten helfen.

2. Die Sinnhaftigkeit von Arbeit und Leben ist unter dem hohen Druck von Ökonomisierung und Rationalisierung fragwürdig geworden. Das Leben junger Menschen ist zunehmend „durchgetaktet“. Junge Menschen brauchen verstärkten Zwängen gegenüber wirkliche Freiheit: Freiheit in Schule, Ausbildung, Forschung und Lehre, Freiheit, den richtigen Beruf auch außerhalb von Schulen zu wählen,

den richtigen Lebenspartner zu finden, und Freiheit für Ehrenamt, Kontemplation und Meditation sowie für Stille Tage, um eigene Werte zu bilden. Der Kirche müssen wieder verlässliche zeitliche Spielräume für Jugend- und Konfirmandenarbeit eingeräumt werden, in denen Werte gemeinschaftlich neu kreiert werden können. Offensichtliche Fehler in der Schul- und Hochschulausbildung gilt es zu revidieren. Sind Freiheit und Sinn im Alltag gesichert, müssten die Tanzangebote im Verlauf von 356 Tagen im Jahr eigentlich genügen.

3. Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen sich wieder für eine Balance von Arbeitszeit und Freizeit einsetzen. Verantwortete Freiheit und eine heilsame Unterbrechung tun gerade auch der Wirtschaft gut - ein Rationalisierungs-Totalitarismus, der Burn-Out oder Sucht nach sich zieht, hingegen nicht!

4. Die angestrebte Abgleichung eines Verbots nächtlicher Massentrinkgelage mit einer Lockerung des Tanzverbots an Stillen Tagen lehnen wir ab. Sehr wohl sehen wir aber einen inneren Zusammenhang zwischen entfremdeter Arbeit und öffentlichen Trinkgelagen bzw. möglichem (oder gewecktem) Bedürfnis, bis in die Nacht weniger Stiller Tage zu feiern. Es scheint ein Ventil für überhöhten Druck nötig zu sein. Nächtliche Versammlungsverbote

oder Verbote von Drogen wie Ecstasy oder Alkopopgetränken im Umfeld von Diskotheken allein helfen genauso wenig wie eine begrenzte Lockerung des Tanzverbots an Stillen Tagen. Hingegen können ausreichende und verlässliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze, eine sinnvolle Zukunftsperspektive, Glaubwürdigkeit der EntscheidungsträgerInnen und selbstverantwortete Freiheit in den Lern- und Arbeitsprozessen sowie hilfreiche kirchliche Angebote an Stillen Tagen die verstärkt aufbrechenden Suchtkreisläufe durchbrechen helfen.

„Stille Tage, was sonst?“

Von Annekathrin Preidel

Stille Tage? Wem der Sinn des Karfreitags sich nicht erschließt, der will halt an einem solchen Feiertag auch in die Disco, und schon findet sich eine Partei oder ein Politiker, der laut über die Lockerung des Tanzverbots an Feiertagen nachdenkt. Ein Hintergrundartikel über eine neue alte Diskussion von Annekathrin Preidel.

„Schnappt euch MP3-Player samt Kopfhörer oder euer Kofferradio und fangt an zu tanzen!“ so rief eine Facebook-Gruppe mit dem Namen „Zum Teufel mit dem Tanzverbot“ in diesem Jahr am Karfreitag zum

5. Einer Profitgier, die für eine bessere Kassenlage Stille Tage einschränken will, gilt der Kampf angesagt. Gerade auch Discothekeninhaber und Barbesitzer sind dazu aufgefordert, für Zeiten und Sinn Stiller Tage einzustehen.

Nicht die Abschaffung stiller Zeiten ist das Gebot der Stunde. Im Gegenteil: Der Buß- und Bettag sollte als gesetzlicher Feiertag öffentlicher Besinnung zurück gewonnen werden.

Im Namen des Leitenden Teams
Martin Kleineidam, Sprecher des aec

Flashmob auf. Dies war eine von vielen Protestaktionen, die die öffentliche Diskussion um den Sinn der Stillen Tage wieder einmal entfachten und die Frage anstießen, ob Karfreitag und die Stillen Tage allgemein noch zeitgemäß sind. Zunehmend wird die gesetzliche Feiertagsregelung im Sinne einer Bevormundung der Menschen als Zumutung empfunden und die im Grundgesetz geschützte Religionsfreiheit, die den Staat verpflichtet, Raum für die „ungestörte Religionsausübung“ zu sichern, als Anachronismus gesehen: Die Stillen Tage stehen auf dem Prüfstand.

Dass nicht grundsätzlich alle Feiertage automatisch mit Partystimmung verbunden sein müssen und es auch

Feiertage gibt, die mit einer ernsten Erinnerungskultur belegt sind, scheint nicht mehr zur Allgemeinbildung zu gehören und drängt zunächst einmal die kritische Frage auf, wie es um die Qualität der kulturellen und religiösen Bildung in Deutschland bestellt ist. Karfreitag – der Name des Feiertags kommt von dem althochdeutschen „kara“, was so viel wie Wehklage, Kummer, Trauer bedeutet – fordert in Erinnerung an das Leiden und Sterben Jesu zum Stillwerden und Innehalten auf und kann deswegen kein fröhlicher Feiertag sein. Ignoriert man dies, dann macht dieser Feiertag keinen Sinn mehr. Es kann ohne Zweifel nicht von außen diktiert werden, den Alltag durch Innehalten zu unterbrechen, dies kann nur durch die Einsicht erfahren werden, dass es gut tut, wenn man sich gedanklich und spirituell den Fragen der Endlichkeit des Lebens stellt und so den inneren Kompass neu justiert.

Wenn mit Verweis auf die Entchristlichung der Gesellschaft der Charakter des Karfreitags in Frage gestellt wird, dann gilt Gleiches auch für andere christliche Feiertage. Deutlich wird dies insbesondere dann, wenn die Stillen Tage zur Verhandlungsmasse politischer Entscheidungen werden, wie in Bayern nun das Tanzverbot an Stillen Tagen möglicherweise gelockert werden soll, um im Gegenzug das Verbot öffentlichen Alkoholkonsums zu

verschärfen. Dass christliche Feiertage allzu schnell zum Spielball politischer und wirtschaftlicher Interessen werden können, hat die Abschaffung des Buß- und Bettags als eines gesetzlichen Feiertags gezeigt, der als Tag des Besinnens geopfert wurde, um die Arbeitgeberanteile der Pflegeversicherung gegenzufinanzieren.

Die Kirche tut gut daran, sich gegen die Ausweitung der Vergnügungsangebote einzusetzen, nicht um als moralische Instanz Verbote zu untermauern und Menschen zu bevormunden, sondern um Freiräume tatsächlich frei zu halten. Wer sich die Freiheit nehmen kann das eigene Leben zu reflektieren, der gestaltet es und wird eine Freude am Leben in einer viel tieferen Dimension erleben als durch oberflächliche Vergnügungen.

Freiheit bedeutet aber auch Respekt und Verantwortung für die Mitmenschen, Verantwortung für eine Gesellschaft, die – so schreibt der an der Universität Karlsruhe lehrende Philosoph und katholische Theologe Byung-Chul Han in seinem sehr lesenswerten Essay „Müdigkeitsgesellschaft“* – wegen dauernder neuronaler Überforderung infarktgefährdet ist. Dass er mit dieser Gesellschaftsdiagnose den Nerv der Zeit getroffen hat, zeigt sich u.a. daran, dass das Buch schnell vergriffen war.

In einer Gesellschaft, die sich durch hohe Leistungserwartungen ständig überfordert und die gleichzeitig Schmerz, Leid und die Frage nach dem letzten Sinn menschlichen Lebens möglichst ausklammert, ist die Diagnose von Symptomen wie Burn-out, Borderline, Aufmerksamkeitsdefizit- und Hyperaktivitätssyndromen, Depressionen, Anpassungs- und Belastungsstörungen nicht verwunderlich. Sie sind Ausdruck von Zeitnot, Überlastung, ungelösten Konflikten und können durch Events und Spaßveranstaltungen ebenso wenig aufgefangen werden wie durch kommerzialisierte Entspannungsangebote von Wellness-Einrichtungen, Work-Life-Balance-Beratungen, Abenteuerparks, Erlebnisreisen, sondern leisten der Resignation eher Vorschub.

Hinzu kommen in einer Zeit, in der die Krisenrhetorik überhand nimmt und Ausnahmezustände des Finanzmarkts, des Arbeitsmarkts, des Klimas den politischen und gesellschaftlichen Alltag bestimmen, Unsicherheiten und Ohnmachtsgefühle, die im Verhältnis der eigenen Situation zu dem Ausmaß der globalen Einordnung individuell nicht unmittelbar auszumachen sind: Schadstoffe in der Nahrung, der Euro in Taumelbewegung, das ökologische Gleichgewicht in Gefahr, um nur einige zu nennen. Sie werden verstärkt durch den Schlagabtausch von Schönrednern

und Untergangspropheten in den Medien als nicht kalkulierbares Risiko wahrgenommen. Die Krise ist zum Dauerzustand geworden.

„Die kulturellen Leistungen der Menschheit ... verdanken wir einer tiefen, kontemplativen Aufmerksamkeit. ... Diese tiefe Aufmerksamkeit wird zunehmend von einer ganz anderen Form der Aufmerksamkeit, der Hyperaufmerksamkeit, verdrängt.“ schreibt Han. Gepaart mit dem modernen Glaubensverlust mündet diese in eine "Hyperaktivität", die die Menschen erschöpft: „Als ihre Kehrseite bringt die Leistungs- und Aktivgesellschaft eine exzessive Müdigkeit und Erschöpfung hervor.“*

Eine solche Gesellschaft braucht Auszeiten zum Innehalten, um den inneren Kompass wieder neu auszurichten und Orientierung zu finden. Sie braucht Zeiten, in denen sie sich der Vergänglichkeit und Brüchigkeit des Lebens stellt und den Tod nicht aus dem Leben verdrängt. Immer seltener wird in der Familie gestorben, immer häufiger in Krankenhäusern, Hospizen, Pflegeheimen: So segensreich es ist, dass sich in den Einrichtungen Pflegerinnen und Pfleger um Schwerkranke und Sterbende kümmern, so sehr verdrängen wir den Gedanken an die Grenzen unseres eigenen Lebens. Der Tod wird leicht zu einem Tabuthema und gleichzeitig

haben unsere Kinder mehr Tote gesehen als je eine Generation zuvor, allerdings virtuell.

Kollektives Innehalten ist immer dann zu beobachten, wenn uns unvorhergesehene Katastrophen aufschrecken, wenn viele Menschen bei einem Tsunami umkommen, wenn sich ein Fußballtorwart das Leben nimmt, wenn es einen Amoklauf an einer Schule gibt. Dann beginnt die große Suche nach dem inneren Kompass, dann sind auch plötzlich die Kirchen voll, dann erinnern sich viele wieder daran, wo sie Hilfe in seelischer Not finden. Das ist ein starker Impuls für unsere Kirche, die den Inhalt und die Gestaltung der Stillen Tage stärker in

„Besondere Loyalität“ Anmerkungen zu einem neuen (alten!) Begriff in kirchlichen Stellenausschreibungen

Von Hans-Gerhard Koch

Wahrscheinlich haben es nur wenige bemerkt, vielleicht nur die, die sich für die Stelle interessiert haben. In der Ausschreibung für die Rektorenstelle am Predigerseminar Nürnberg wurde eine „konstruktive und loyale Zusammenarbeit mit der Fachabteilung im Landeskirchenamt“ verlangt. Nun ist ja nichts dagegen einzuwenden, wenn Predigerseminar und Landeskir-

den Blick nehmen muss. Ein Gottesdienst von einer Stunde am Karfreitag reicht als einziges Angebot möglicherweise nicht.

Die EKHN hat sich dem Dialog gestellt und die Internetplattform www.karfreitag.de eingerichtet, mit der sie informiert und zur öffentlichen Diskussion einlädt, wie man den Luxus der Stillen Tage als verlässliche Unterbrechung des Alltags zur gemeinsamen Prävention, Erholung, Selbstreflexion und zur Neuorientierung gestalten kann.

**Byung-Chul Han, Müdigkeitsgesellschaft, Matthes und Seitz, Berlin 2010*

chenamt *konstruktiv* zusammenarbeiten. Sie haben ja mit den gleichen Vikarinnen und Vikaren zu tun, und müssen ja auch gemeinsam die Entscheidung über die Eignung fürs Pfarramt treffen.

Aber „loyal“? Wikipedia sagt: *Loyalität bedeutet, die Werte (und Ideologie) des Anderen zu teilen und zu vertreten bzw. diese auch dann zu vertreten, wenn man sie nicht vollumfänglich teilt. Loyalität zeigt sich sowohl im Verhalten gegenüber demjenigen, dem man loyal verbunden ist, als auch Dritten gegenüber.* Und weiter: *Problematisch wird Loyalität, wenn sie gefordert wird.*

Wurde also für die Ausbildungsstätte

der jungen Theologinnen und Theologen eine Leitungsperson gesucht, die grundsätzlich die Auffassungen der Personalabteilung des Landeskirchenamts vertritt, auch gegen die eigenen Überzeugungen? Müsste eine solche Person nicht auch manchmal als Anwalt der jungen Theologinnen und Theologen eine kritische Gegenposition einnehmen? Genügt die wechselseitige Kollegialität, die sich beim gemeinsamen Arbeiten an einer wichtigen kirchlichen Aufgabe herausbildet, nicht? Muss einseitige Loyalität gefordert werden? Und schließlich: Ist die Loyalität zu Schrift und Bekenntnis, auf die jede

Pfarrerin und jeder Pfarrer ordiniert wird, in diesem speziellen Fall nicht loyal genug?

Könnte es sein, dass eigentlich qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber, nachdem sie den oben zitierten Satz gelesen haben, auf eine Bewerbung verzichtet haben?

Und was ist mit dem, der es dann schließlich geworden ist?

Viele Fragen bleiben da offen. Und auch die, ob „Loyalität“ eigentlich eine theologische Qualität hat. Oder ob wir in der Kirche nicht doch jenseits von solchen verständlichen Wunschvorstellungen bürokratischer Apparate stehen.

Chancen der Generation 2012 - hier und anderswo

Zusammenfassung eines Referats von Michael Thiedmann, Vorsitzender der Evangelischen Jugend in Bayern, bei der Regionalgruppe Nürnberg des AEE am 6.3.2012

„Chancen der Generation 2012“ ist der Titel, zu dem ich eingeladen wurde. Aus der Sicht der Jugendarbeit sollte der Versuch gewagt werden, einen Einblick zu geben, wie sich die gesellschaftliche Lage für junge Menschen heute zeigt, wahrgenommen wird und auch anfühlt. Nachdem ich beim AEE geladen war, sollte zudem die Verknüpfung versucht

werden, inwiefern unsere Kirche Anteil an diesen Prozessen hat. Anbei ein kleiner Einblick in das vielfältige Feld:

Ungewissheit über die Zukunft

2009 und 2010 waren deutsche Universitäten von Studierenden besetzt - einige kurz, andere bis zur Räumung durch die Polizei. Ende 2011 ist das ehemalige Gesundheitsministerium Asturiens von Jugendlichen besetzt worden und zur Kommunikationszentrale für ihren Kampf für mehr Gerechtigkeit geworden: weniger Jugendarbeitslosigkeit und bessere Bildungs- und Sozialpolitik. In Tel Aviv schlug eine Studentin aus Protest ihr Zelt auf dem verkehrsreichsten Platz auf. Hunderte folgten ihr

in die „occupy-Bewegung“. Hierzulande werden bereits Kindern ihre Zukunftsperspektiven vor Augen geführt: Nach der Zeugnisvergabe gibt es bereits bei befriedigenden Noten traurige Gesichter statt Freude über unbeschwerte Ferien. Die Perspektiven der zukunftsbildenden Notwendigkeiten, wie Wohnen, Bildung (oder Arbeit) und Soziales erscheinen unmittelbar und gegenwärtig ungewiss.

Sorgen junger Menschen heute

Unruhen, ob äußerlich oder innerlich, entstehen, weil Jugendliche und junge Erwachsene keine spürbaren Sicherheiten haben, wenn es um die existenziellen Bedürfnisse einer gerechten Gesellschaft mit gelingender Befähigung, Teilhabe und Verteilung geht. Betrachtet man den Weg junger Menschen, der in das gesellschaftliche Leben führen soll, kann festgestellt werden: Im Bildungssystem gibt es eine vorherrschende Selektion und so genannte Reformen beschädigen die Freiheit und individuelle Bildung. Denn die Schule wird aufgrund ihrer fordernden Zeitintensität zum „einzigen“ Bildungsort junger Menschen, das Studium mit einem curricularen Lehrkonzept soll junge Erwachsene im Interesse der Wirtschaft bilden. Zwar fordert die Politik bürgerschaftliches Engagement, doch ist es Jugendlichen kaum möglich Raum für außerschulische, non-formale Bildungsorte, z.B. in der Jugendarbeit, zu finden oder ehrenamtliche Tätigkeiten zu übernehmen. Viele

Studierende müssen ihre Zeit zur Eigenfinanzierung ihrer Studiengebühren nutzen.

Es entsteht ein System der „Individualität des Allein-Kämpfenden“. Es richtet sich gegen jede Pluralität des gemeinsamen Handelns. Auch die Politik unterstützt jenes System, indem sie sich selbst aller Glaubwürdigkeit beraubt. Siehe: „Ausstieg aus dem Ausstieg“, „causa Guttenberg“ oder „Akte Wulff“.

Die Kirche gehört ebenso wenig zu den glaubwürdigen Institutionen. Für junge Menschen erscheint sie nicht als hilfreich oder als eine Plattform der Mitbestimmung. Unsere Kirche hat sich aus der Mitte der gesellschaftlichen Wahrnehmung, ein verantwortungsvoller Träger im Blick auf den Menschen zu sein, verabschiedet.

Generation 2012 - Beteiligung und Hoffnung

Plakativ gedeutet: „Der Kampf des Einzelnen hat sich in den Köpfen verfestigt und wer kein Abitur hat, hat für seine Zukunft bereits verloren.“ Aber deshalb ist noch nicht alles verloren. „Eine“ Generation 2012 gibt es nicht. Wie Prof. Dr. K. Lüscher erläutert, gibt es neben genealogischen auch kulturell-soziologische Generationen, bei denen gemeinsame Erlebnisse oder Aktivitäten die Generationengruppe (z.B. 68er-Bewegung) bilden. Für junge Menschen heute sind dies die spürbaren Unsicherheiten auf ihrem Weg ins Leben. So sind vor allem

enge Freundschaften oder familiäre Bindungen wichtig, da diese am deutlichsten Halt geben können. Gesellschaftliche Institutionen oder kulturelle Organisationen werden schwach und die „alten“ Partizipationsmöglichkeiten, dank der Politik, nutzlos wahrgenommen (vgl. Stuttgart 21). Trotz aller Unstetigkeit sind es weiterhin Hoffnung und die Sehnsucht nach Beteiligung, die in Jugendlichen wächst. Diese suchen und finden sie in den vielfältigen Möglichkeiten des Internet und sozialer Netzwerke. Dort nämlich bildet sich eine Generation des gleichen Interesses heran, die ein Gefühl von Verbundenheit, Weltgewandtheit, Partizipation und Veränderung vermittelt. Nirgends erfahren junge Menschen schneller Reaktionen und Unterstützung zu ihren Ideen, als in den digitalen Medien. Es gilt: Junge Menschen wollen sich beteiligen und für eine veränderte Welt und Gesellschaft eintreten. Doch sie suchen sich die Wege des Möglichen, wenn Verantwortliche in Politik, Kirche und Gesellschaft ihre Ohren nicht öffnen und ihnen nicht den nötigen Ernst entgegen bringen.

Wo ist die Kirche, wenn...

...es Lehrveranstaltungen der Universität am Sonntag gibt und die Kirche selbst schweigt? **Was** ist die Kirche, wenn politisch-diplomatische Beziehungen wichtiger sind, als das Leiden junger Menschen, die durch die hohen Anforderungen an sie den Weg ins Leben nicht finden? **Wer** ist die Kirche,

wenn sie, mit D. Sölle gesprochen, nicht mehr nach dem weitergehenden Leiden in dieser Welt fragt?

Zugegeben, Kirche hat sich nicht der Weltentfremdung verschrieben und wartet nur noch auf die Wiederkehr des Herrn. In ihrer Vielfalt bemüht sich die Kirche punktuell im Veränderungen, sei es z.B. die Gerechtigkeits-Kampagne der Evangelischen Jugend in Bayern oder der Einsatz des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt um Mitarbeitende der Schlecker-Misere. Aber eine Verantwortung, die sich eine ganze Kirche zuschreibt und zu ihrer unabdingbaren Aufgabe macht, fehlt! Wenn gefordert wird (vgl. Prof. Dr. F.-W. Graf), dass sich die Kirchen auf ihr „spirituelles Geschäft“ beschränken sollen, Menschen begleiten und Evangelium verkünden, so ist dies nicht von den Rahmenbedingungen loszulösen, in denen die Institution Kirche gegenwärtig handelt und arbeitet. Das Eine tun, doch das Andere nicht lassen. Wo doch gerade eine Kirchenleitung oder die Gesamtheit der kirchlichen Gliederungen sich unabhängige Äußerungen leisten könnte. Aus dem Gesichtskreis junger Menschen ist die Kirche weitgehend abgetreten. Sie ist kein Garant für eine hoffnungsvolle Zukunft. Dabei wäre Hoffnung doch unser Metier. Nun sollte es darum gehen, zu „einer Generation“ zu werden. Sowohl jungen Menschen, als auch Älteren, kirchlichen Mitarbeitenden u.v.m. ist es an einer

gelingenden Zukunft im Grundvertrauen auf eine christliche Werteorientierung gelegen. Als Kirche sollten wir **alle** gemeinsam für Veränderungen eintreten und zum Sprachrohr werden, wo andere ihre Stimme nicht mehr erheben können. Mit Dietrich Bonhoeffer: „Mag sein, dass der jüngste Tag morgen anbricht; dann wollen wir gern die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen, vorher aber nicht.“



Martin Kleineidam, Sprecher des AEE, geht im Februar 2012 mit der Evangelischen Jugend für Gerechtigkeit baden

Kommt jetzt die Energiewende?

Sie ist unaufhaltsam, wenn wir bei uns selber anfangen

Von Gerhard Monninger

Jetzt hat es die Kanzlerin selbst in die Hand genommen und zur Chefsache gemacht: Die Energiewende. Ihren Umweltminister Röttgen hat sie vorsorglich schon gefeuert, weil sie ihm die Energie für den bevorstehenden Kraftakt nicht mehr zutraut. Geht es jetzt wirklich los? Ein ganzes Jahr lang, seit dem Beschluss, aus der Atomkraft auszusteigen, ist kaum etwas passiert. Im Gegenteil: Die Bundesregierung kürzt die Fördermittel für die Energiewende. Das Volumen des "Energie- und Klimafonds" sinkt in diesem Jahr von 780 auf 452 Millionen Euro, wie aus einem Bericht des

Finanzministeriums an den Haushaltsausschuss hervorgeht.

Im Moment konzentriert sich die Politik vor allem auf die Frage des Stromnetzes, mit dem der Strom aus dem windreichen Norden in den industriereichen Süden Deutschland transportiert werden soll. Bis zum Jahresende soll es ein Gesetz für den Ausbau der „Stromautobahnen“ geben, verspricht Angela Merkel. Die Netzbetreiber fordern – vermutlich eine stark überhöhte Schätzung, um Politiker zaghaft zu machen - 3400 Kilometer neue Stromleitungen bis zum Jahr 2020. Wer ernsthaft an einer Energiewende interessiert ist, dem muss die gegenwärtige Diskussion Sorgen machen. Die Konzentration auf das Thema Strom-netze engt die Energiewende in gefährlicher Weise ein. Bessere Netze für mehr regenerativen Strom, das soll heißen: Es kann so

weitergehen mit dem Energieverbrauch. Sparen ist ein Thema, das angeblich bei den Bürgern nicht gut ankommt. Dabei ist Sparen die wichtigste Säule im ganzen Prozess. Unser Lebensstil an sich steht zur Debatte. Die will kein Politiker führen.

Übersen wird auch, dass die Energiewende nur gelingt, wenn wir *alle* regenerativen Energien, aber auf intelligente Weise, nützen. Neben dem Wind brauchen wir Biomasse, Sonnenkraftwerke, Solarthermie, Photovoltaik, Geothermik, Blockheizkraftwerke und die Wasserkraft. Und wir brauchen, um den Strom zu speichern, Pumpspeicherwerke, Druckluftspeicher und andere Speichermedien.

Solaranlagen haben in Deutschland während der Pfingsttage mittags eine Energiemenge erzeugt, mit der der gesamte Strombedarf des Landes hätte gedeckt werden können. Die Bundesregierung aber will die Einspeisevergütung für Solarstrom rasant herunterfahren, dass die Solarindustrie flächendeckend ins Schleudern gerät (woran sie selber nicht unschuldig ist).

Zurück zum Sparen: Dass die Politik dieses Thema nicht anrührt, liegt auch an uns, den Bürgerinnen und Bürgern. Wenn wir - woran uns niemand hindern kann - in unserem privaten Bereich massenhaft einen Lebensstil der Nachhaltigkeit führten, müsste die Politik nicht so viel Angst haben, Wählerstimmen zu verlieren, wenn sie der Energieverschwendung Einhalt gebieten will.

Packen wir deshalb doch unsere eigene persönliche Energiewende an! Nicht nur auf dem Stromsektor, sondern auch bei Gas und Öl.

Sie fängt damit an, dass wir monatlich unsere Zähler ablesen und die Zahlen in eine Tabelle eintragen. Allein schon die Aufmerksamkeit auf unsere Verbräuche weckt die Sparbemühungen.

Beim eigenen Auto weiß jeder, wie viel Liter es pro 100 Kilometer verbraucht. Wer aber weiß, wieviel Kilowattstunden es in der Wohnung im Jahr sind?

Viele kleine Maßnahmen addieren sich schnell zu einer deutlichen Einsparung, davon ist die Energiesparlampe, oder demnächst die LED-Leuchtmittel, noch die bescheidenste. Welches Gerät im Haushalt verbraucht den meisten

Strom? Die Mehrzahl glaubt, es sei der Elektroherd, dabei braucht der Kühl- und Gefrierschrank viel mehr, weil er, anders als der Herd, ständig in Betrieb ist. Steht er am Ende gar dicht beim

Kochherd? Muss man eigentlich einen Wäschetrockner haben, wenn doch die Wäsche auf der Leine zum Nulltarif trocknet? Und wenn die Wasch- oder Spülmaschine ihren Geist aufgegeben hat, fragen wir beim Neukauf zuerst nach dem Preis oder nach der Effizienzklasse? Lläuft der Elektroboiler Tag und Nacht, oder liefert er mit Hilfe einer Zeitschaltuhr das heiße Wasser dann, wenn es gebraucht wird?

Diese Aufzählung kann nur einige exemplarische Tipps geben. Die Schönauer Elektrizitätswerke geben

gemeinsam mit dem Bund der Energieverbraucher e.V. eine umfangreiche Stromsparbroschüre heraus, die man unter <http://www.ews-schoenau.de> bestellen kann. Unter www.verbraucherzentrale-energieberatung.de/web/broschueren.html findet man eine Anleitung für den Energiecheck im eigenen Haus und aktuelle Hinweise zu sparsamen Haushaltsgeräten. Die private Initiative kann politisches Handeln auf nationaler Ebene nicht ersetzen. Aber die – wie man es früher

genannt hat – „vorausseilende Praxis“ des Einzelnen wirkt zurück auf die Politik. Und sie macht nebenbei auch Spaß.



Dreißig von Elftausend Die andere Seite des Weltklimagipfels in Durban

Von Wolfgang Noack

Wolfgang Noack, Redakteur des „baugerüst“ und Fotograf, war für LWF/WCC in Durban, um die Aktivitäten der NGO-Gruppen zu dokumentieren (s.a. wolfgangnoack.de/galerie/cop17)

Wären Claire aus Australien, Hau Sian aus Myanmar, Maggia aus Sambia und die anderen 30 jungen Erwachsenen aus der ganzen Welt im Dezember letzten Jahres nicht in das südafrikanische Durban gereist, dann wären es eben nur 10.970 Teilnehmer gewesen, die am 17. UN-Weltklimagipfel teilgenommen hätten. Aber genau diese Gruppe des Lutherischen Weltbundes/ ÖRK und

die anderen NGOs waren vielleicht die Wichtigsten dieser Konferenz. Der offizielle Tross zieht weiter, wird in diesem Jahr in Rio in irgendeinem Nobelhotel seine Konferenzzelte aufschlagen und wieder werden sich Tausende von Delegierten aufmachen und in die Flugzeuge steigen. Am Ende wird wieder um CO₂-Abgase und Erderwärmung, um Immissionsrechte und Anstieg des Meeresspiegels gefeilscht. Doch, diese Weltkonferenzen sind richtig; so lange miteinander geredet wird, kann sich auch etwas verändern. Kann! Denn ohne die andere Seite der Konferenz - ohne das Volk gleichsam - wäre so eine UN-Konferenz etwas blutleer, ohne den Druck der Straße und längst nicht so bunt. In einer dieser Gruppen ging es um "Youth für Eco-Justice". Das 14-tägige Seminar, des Lutherischen Weltbundes

(LWF) und des Ökumenischen Rates der Kirchen (WCC) wurde von Roger Schmidt (Pfarrer, ehem. Vorsitzender der Evangelischen Jugend in Bayern; jetzt Jugendbüro LWF) geleitet. Gekommen sind 30 junge Erwachsene aus fünf Erdteilen, die sich mit eigenen ökologischen Projekten aus ihren Kirchen daheim bewerben konnten. Wassergerechtigkeit, Mobilität, Ressourcenverbrauch sind die Anliegen der Projekte, die in Durban vorgestellt wurden. Vorher stand theologische und politische Grundlagenarbeit zu ökologischen und ethischen Themen auf dem Programm. Es war ein Training für Umweltengagement vor Ort, zu Vernetzung, für den langen Atem und das Wissen mit anderen zusammen an der gleichen Sache zu arbeiten.

Dazwischen immer wieder zur Konferenz, die mit unzähligen begleitenden Veranstaltungen und Diskussionen der NGO-Gruppen einem Kirchentag ähnelte. Zur Mitte der Konferenz dann der "Global-Day of Action" der NGOs. Zehntausende kamen: Christen, Buddhisten, Indianer, Krishna-Anhänger und und und - ein buntes Volk, das einen ganzen Tag durch Durban zog - so ganz anders als die dunkel gekleideten Delegierten, die Richtung Konferenzzentrum eilten. „Das Ergebnis der COP17 in Durban war enttäuschend und bleibt weit hinter dem zurück, was unser Planet und die Menschheit brauchen“, kommentierte Roger Schmidt vom Lutherischen Weltbund die UN-Konferenz, „aber die jungen Menschen, die an dem Programm ‚Jugend für Umweltgerechtigkeit‘ teilnahmen, lassen Hoffnung

Unter dem Motto "We have faith" nahmen neben vielen anderen christlichen Gruppen auch die Teilnehmer von Youth for Eco-Justice an dem Global Day of Action der NGOs in Durban teil.





„Weltwärtsfreiwillige“
 Sie nennen sich „Weltwärtsfreiwillige“: Die bisher schon über 10.000 jungen Leute, die an dem sogenannten Weltwärts-Entsendeprogramm des deutschen Entwicklungsministeriums (BMZ) teilnehmen und sich vor allem in sozialen und ökologischen Projekten engagieren. B&K gibt Raum für zwei Berichte aus Südamerika.

Hoffnungslosigkeit ist ein Luxus der Reichen (Dorothee Sille)

Von Melchior Krug:

Reden wir über Nächstenliebe. Reden wir über Argentinien. Über die Stadt Buenos Aires. Das Elendsviertel Itatí. Itatí, einer dieser Orte auf der Welt, wo das Unrecht so verdammt offensicht-

lich zum Himmel schreit. „Es ist ein Ort der Kreuzigung und des Todes, wo eine ganze Generation verstirbt“. Ein Ort der das Wort Gerechtigkeit als eine Lüge entlarvt. Was bedeutet Gerechtigkeit, wenn Mädchen mit 13 Mutter werden, wo sie selbst nie die Liebe einer Mutter spüren durften. Babys schon drogenabhängig geboren werden. Wenn 13-,14-jährige Kinder vollkommen zermürbt von Drogen in einem irgendetwas von Körper an Straßenecken kauern. Kinder von Polizisten durch Schüsse in den Rücken umgebracht werden. Wo gibt es da noch Gerechtigkeit? Hier hatten die Menschen nie eine Chance, durften nie wählen, wie sie leben möchten. Und doch, Itatí ist kein Ort der Hoffnungslosigkeit! Ich sehe eine

unglaubliche Solidarität, einen Durst nach Leben. Menschen beginnen sich zu wehren, vereinen sich, wollen sich gemeinsam aus ihrem Schicksal befreien. Dabei legen sie nicht Hoffnungen in irgendwelche Parteien. Ihr Widerstand entsteht von unten, geht aus ihrer Nachbarschaft hervor. Es sind kleine Schritte gegen die Ohnmacht, die einem das Gefühl von Hoffnung geben. Es spendet Hoffnung, wenn ich an das Lachen eines der über 60 Kinder denke, die Tag für Tag in unser kleines Nachhilfezentrum kommen. Eines von vielen Projekten in Itatí. Wir helfen den Kindern bei ihren Hausaufgaben, üben und spielen mit ihnen. Doch darüber hinaus wollen wir ein Ort sein, in dem sie sich geborgen fühlen, Wertschätzung erfahren und sich bewusst werden können, was für einzigartige Kinder Gottes, mit den vielfältigsten Begabungen sie doch sind. Wir sind alle Kinder Gottes! Doch wann werden wir wahrhaftig wie Schwestern und Brüder in Gerechtigkeit, Freiheit und Würde für alle Menschen dieser Erde vereint sein? Wann?

Zum Autor: Ich, Melchior Krug (20) bin für ein Jahr als Weltwärtsfreiwilliger von Mission Eine Welt im August 2011 nach Argentinien gekommen. Über die MEDH, eine ökumenische Menschenrechtsorganisation, und vier Franziskanerinnen, die seit über zehn Jahren selbst in Itatí leben, habe ich die Möglichkeit, das Leben mancher Menschen aus Itatí kennenzulernen und für ein Jahr zu begleiten.

Demetrio

Von Selma Krug

„Lakitamau jinwa wislulu“ sang Demetrio Marca Ende der 80-er Jahre und war als Liedermacher der indigenen Aymara-Kultur eine kleine Berühmtheit in Bolivien. Dann erkrankte er an Multipler Sklerose.

Nun kennt ihn kaum einer mehr und Demetrio sitzt nahezu bewegungsunfähig im Rollstuhl.

Demetrio lebt in El Alto, einer Stadt gelegen im andinen Hochland Boliviens nahe der Metropole La Paz. Kaum die Hälfte der über eine Million Menschen, die dort leben, hat richtigen Zugang zu sauberem Wasser, Strom und Gas. Das Leben vieler Menschen mit Behinderung in El Alto gleicht einem Schattendasein, denn es herrscht eine sehr starke gesellschaftliche Diskriminierung, die die anderen Begabungen und Fähigkeiten dieser Menschen nicht anzuerkennen weiß. So werden



behinderte Familienmitglieder oft aufs Land abgeschoben oder zu Hause versteckt.

Demetrio lebt allein und ist auf tägliche Hilfe angewiesen. Seine Familie hat ihn verlassen. Dennoch ist Demetrio nicht verbittert. Er engagiert sich in verschiedenen sozialen Organisationen und ist in einer christlichen Basisgruppe von Menschen mit Behinderung aktiv, die für ihre Rechte eintritt und kämpft und sich gegenseitig eine Stütze ist. Seit ich Demetrio kenne, besuche ich ihn regelmäßig. Während ich ihm helfe in seinem Zimmerchen Ordnung zu halten, ihn zu Besorgungen begleite und ihm beim Aufstehen wie zu Bett gehen zur Hand gehe, plaudern wir mal vergnügt, mal ernst und sind inzwischen zu guten

Freunden geworden. Übrigens singt Demetrio „*Lakitama jinwa wislutú*“ auch heute noch, denn seine Stimme lässt er sich nicht nehmen. Er lässt sie erklingen für uns, seine Mitmenschen, für ein Leben in Würde, für Gerechtigkeit. Und so leuchten auch in Bolivien Hoffnungs-schimmer auf, die weder der Hochland-wind noch die zum Himmel schreien-den Ungerechtigkeiten auszublasen vermag.

Zur Autorin:

Ich, Selma Krug (18) bin in Bolivien für ein Jahr Weltwärtsfreiwillige über die Organisation Bolivien-Brücke. In El Alto bietet mir eine soziale Stiftung der katholischen Kirche (Fundación Sembrando Esperanza – Stiftung)

Notwendige Abschiede

Von Uwe Lang

"Notwendige Abschiede" - das Buch von Klaus-Peter Jörns ist ein theologischer Knüller mit Langzeitwirkung. Die schon 2004 vorgelegte Streitschrift zur Reform der Kirche und für eine neue Interpretation zentraler christlicher Glaubensaussagen stellt unter anderem jegliche Art von Sühnopfertheologie radikal in Frage, und das wiederum hat viele vor allem konservative Theologen in Rage gebracht. Musste nicht Jesus sterben, um uns zu erlösen? Steckt nicht in seinem Kreuzestod oder doch eher in seiner Verkündigung das Heil? Darüber haben manche Landeskirchen wie

die rheinische und die hessische mächtig gestritten und gar sich zerstritten; in Bayern war diese eigentlich hochtheologische Fragestellung merkwürdigerweise nie eine brisante. Eigentlich schade! Unser AEE-Mitglied Uwe Lang schreibt in einer sehr persönlichen Weise, warum ihn die Frage nach den notwendigen Abschieden von vermeintlichen Glaubensgewissheiten beschäftigt.

Klaus-Peter Jörns, geb. 1939, ist Theologieprofessor, war Gemeindepfarrer und Leiter des Instituts für Religionssoziologie in Berlin. Er lebt jetzt in Berg am Starnberger See. Sein Anliegen ist, antiquierte Vorstellungen aus dem Christentum zu ent-

rümpeln, die sich dort so festgesetzt haben, dass sie für einen unverzichtbaren Teil des Glaubens gehalten werden.

Acht Punkte sind es, die Jörns aufgreift und in denen seiner Meinung nach ein Umdenken dringend erforderlich ist.

1. Das Christentum stehe als Offenbarung weit über allen Religionen.
2. Die Bibel sei als Wort Gottes unabhängig von den Regeln menschlicher Wahrnehmung entstanden.
3. Ein abgeschlossener Kanon wie die Bibel könne auch die Wahrnehmung Gottes abschließen.
4. Gott habe bestimmte Völker erwählt und andere verworfen.
5. Die Vorstellung der Gottesebenbildlichkeit des Menschen.
6. Die Vorstellung, der Tod sei eine Strafe, sozusagen „der Sünde Sold“
7. Die Vorstellung von der Hinrichtung Jesu als Sühnopfer, um Gott zu versöhnen

In seinem Vorwort schreibt Jörns dazu, dass sich diese notwendigen Abschiede nicht nur daraus ergeben, weil sie unserer Vernunft und unserem aufgeklärten Denken nicht mehr entsprechen. Sondern sie ergeben sich aus der christlichen Botschaft selbst, nämlich der „Verkörperung der Liebe Gottes in der Welt“. Und damit ist eben Vieles nicht mehr vereinbar, auch wenn es sich aus der Bibel herleiten lässt.

Ich möchte dazu ein konkretes Beispiel anführen, das mir im Oktober 1981 bei der Lektüre des Evangelischen Sonn-

tagsblatts auffiel. Da schrieb jemand an die Autoren der „Sprechstunde“: „Für uns sind nicht die Greuelataten aufregend, die Israel begangen hat, denn Grausamkeiten hat jedes Volk begangen. Was uns aufgewühlt, ja, entsetzt hat, ist etwas anderes: *Gott* hat seinem Volk den Auftrag gegeben, eine ganze Stadt auszurotten, ohne Rücksicht auf Frauen und Kinder. Gott also in der Rolle eines eiskalten SS-Offiziers.“ (...) In der Tat geht es also letztlich um die Korrektur eines Gottesbildes, das eben alles andere als „christlich“ ist. ...

Besonders deutlich wird das in der Deutung des Todes Jesu als Sühnopfer. Jörns schreibt dazu (Seite 318 ff):

„Während ich die innere Logik des Sünden-Sühnopfer-Versöhnungs-Konzeptes referiere, bin ich betroffen darüber, was die Theologie und insbesondere die sogenannte Erlösungslehre mit Jesu grauenhaften Sterben am Kreuz angestellt haben. Vor allem aber bin ich auch über mich selbst erschüttert, dass ich jahrzehntelang diesem theologischen Konzept und dem darin enthaltenen Gottesverständnis – trotz immer wieder wach gewordener Zweifel – gefolgt bin. Nichts von diesem ganzen Konzept und seiner letztlich doch immer wieder auf eine Aufrechnung hinauslaufenden inneren Logik kann ich wirklich mit Gott in Verbindung bringen, wie ich ihn durch Jesu Predigt und beharrliche Liebe zu den Menschen kennengelernt habe. (...) Das sich im Vaterunser aussprechende Gottvertrauen setzt ausschließlich auf Gottes Liebe; da ist jeder Sühnopferkult nicht nur überflüssig, sondern widersinnig.“

Ja, das sind deutliche und starke Worte. Jörns ist sich dabei durchaus bewusst, dass er damit auch über einzelne Äußerungen von Paulus hinweggeht. Ich zitiere den Römerbrief, Kap. 8: „Er verschonte nicht einmal seinen eigenen Sohn, sondern hat ihn für uns alle dahingegeben.“

Aber warum sollte man Paulus nicht kritisieren dürfen? Muss man seine Theologie als ein vom Himmel gefallenes Wort Gottes betrachten? Man meint, Gott habe Jesus ans Kreuz schlagen lassen. Hat er das? Das behauptet nicht einmal Paulus. Ja, Gott hat Jesus in diese Welt dahingegeben, einschließlich des Todes am Kreuz, sagt Paulus. Aber es ist eine eigenwillige Deutung, dass der Tod von Jesus als Opfer verstanden wird, um mit Blut eine angeblich befleckte Ehre Gottes abzuwaschen. Eine solche Deutung gab es erst im Mittelalter, und sie hat sich lei-

der durchgesetzt und unsere Passions-Gesangbuchlieder auch stark geprägt. Ich lasse daher seit Jahrzehnten kaum mehr Verse aus Passionsliedern singen, auch nicht am Karfreitag.

Jörns schreibt: *„In einem religiösen System, das Sündenbewusstsein und Heilsangebot verklammert hat, ist die Liebe Gottes immer durch die Furcht vor dem ewigen und dem irdischen Tod ins Gegenteil verkehrt worden. So konnte Paulus den Christen sogar androhen, dass der unwürdige Genuss des Abendmahls das Gericht bedeuten und auf magische Weise Krankheit und Siechtum nach sich ziehen würde.“* In der Tat schrieb Paulus in diesem Zusammenhang an die Korinther: „Darum sind viele von euch schwach und krank, und eine ganze Anzahl sind schon gestorben.“ Ich gebe Jörns hier Recht, dass man solche Sätze nicht theologisch interpretieren und verteidigen, sondern kritisieren sollte!

„Dritter Weg – ein Holzweg?“

Von Hans-Gerhard Koch

Früher, da war alles noch einfach. Da ging man den ersten Weg. Der Chef sagte, wo's lang ging und was bezahlt würde, und wem's nicht passt, der kann ja gehen.

Weil Untergebene auch Menschen sind und sich nicht alles gefallen lassen müssen, wurde der zweite Weg erkämpft: Gewerkschaften und Arbeitgeber verhandeln, feilschen mit Getöse um Geld und Arbeitszeit und einigen

sich schließlich, manchmal auch erst nach Streik und Aussperrung. Die Kirche und ihre Diakonie haben, gestützt auf das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen in der Verfassung, einen „Dritten Weg“ erfunden: Streik und Aussperrung gibt es nicht, es wird in einer paritätisch besetzten Arbeitsrechtskommission verhandelt, und wenn es keine Zweidrittelmehrheit gibt, spricht ein Schlichter, was Sache ist. So weit in kurzen Zügen die Theorie. In der Praxis sieht manches anders aus. So ist zum Beispiel das öffentliche

Getöse um Forderungen und Gegenforderungen, sind Warnstreiks und rote Fahnen durchaus nicht so gefährlich, wie sie manchmal aussehen. Die Kontrahenten an den Verhandlungstischen kennen sich gut, sind manchmal per Du und achten sorgfältig darauf, dass der andere irgendwie sein Gesicht wahrt. Und wenn gestreikt wird, zumal im Gesundheitswesen, gibt es selbstverständlich eine Notbesetzung. Manchmal ist die ziemlich identisch mit der realen Personallage. Kein Patient wird mit seinem Leiden allein gelassen.

Auch im Dritten Weg ist die Praxis ein bisschen anders als die Theorie. Es sitzen zwar gleich viele Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter am Tisch. Aber die Arbeitnehmer sind Ehrenamtliche, die Arbeitgeber Profis. Die Profis haben außerdem noch professionelle Apparate hinter sich, die für sie im Hintergrund schnell mal dieses oder jenes ausrechnen können. Die Arbeitnehmer dagegen sind, wenn sie denn über professionelles Wissen verfügen, zu Hause meist leitende Angestellte und eigentlich kleine Arbeitgeber. Was sie abschließen, müssen sie anschließend im eigenen Laden finanzieren.

So ist es kein Wunder, dass der Dritte Weg wieder einmal in der Kritik ist. Wieder einmal, denn schon in den 50er Jahren, bei seiner Einführung, hat der berühmte Wirtschaftsethiker und Jesuit Oswald von Nell-Breuning gesagt: *„Der Dritte Weg ist ein Holzweg!“*

Er sah nicht ein, warum nicht auch im kirchlichen Bereich organisierte Arbeit-

nehmer und Arbeitgeber auf Augenhöhe verhandeln sollten. Man könne doch annehmen, dass beide Seiten als Christen verantwortungsvoll mit ihren Mitteln – auch mit dem Streik – umgehen würden.

Noch in diesem Jahr werden wir sehen, wie das Bundesarbeitsgericht das sieht, und dann geht's wahrscheinlich zum Bundesverfassungsgericht, und dann zum Europäischen Gerichtshof.

Fünf Jahre also mindestens werden Kirchen und Gewerkschaften gegeneinander vor Gericht stehen, weil sie unfähig sind, sich zu einigen.

Was wäre aber, wenn die Kirchen gewerkschaftlichen Sachverstand in die arbeitsrechtlichen Kommissionen hineinnähmen? Wenn sie die Bestimmungen des Mitarbeitervertretungsgesetzes denen des Betriebsverfassungsgesetzes angleichen würden? Und wenn die Gewerkschaften in den Arbeitsrechtskommissionen mitarbeiten und die Ergebnisse dann in einer Tarifkommission billigen würden? Und wenn beide gemeinsam allgemeinverbindliche Tarife für den sozialen Bereich bei der Bundesregierung beantragen würden?

Klar, die reine Lehre wäre das nicht, weder für die einen noch für die anderen. Aber für die Betroffenen, für die wär's gut. Und für ein gesellschaftliches Klima, das dringend nach einem Bündnis von Kirchen und Gewerkschaften für soziale Gerechtigkeit schreit, erst recht.

Beitrittserklärung

Ich trete dem AEE bei!

Name:

Straße/Hausnr.

PLZ, Ort:

Beruf:

Tel./Fax:

E-Mail:

Ich bitte, den Jahresbeitrag von meinem Konto

Nr..... bei

BLZ..... abzubuchen.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Adressen

Leitendes Team 2011-2014

Richard Gelenius, Dipl.-

Verwaltungswirt, Adam-Kraft-Str. 6a,
91126 Schwabach, Tel.: 09122-73297
richard.gelenius@web.de

Martin Kleineidam, Pfarrer,

Löhestr. 1, 95444 Bayreuth, Tel.:
0921-65580, [kleineidam@stadtkirche-
bayreuth.de](mailto:kleineidam@stadtkirche-bayreuth.de)

Dr. Hans-Gerhard Koch,

Sozialpfarrer i.R., Sonneberger Str. 10,
90765 Fürth, Tel.: 0911-794507
hgkoch@nefkom.net

Dr. Karl F. Grimmer

Donaustr. 8, 91052 Erlangen. 09131/
5316550, karlf.grimmer@online.de

Kristina Reichert, Diakonin

Theodor-Körner-Str. 4, 97072
Würzburg, 0931-32955520
kristinareichert@web.de

Ulrich Willmer, Pfarrer,

Johanneskirchplatz 1, 96459 Coburg,
09561-39898, ku.willmer@gmx.de

Christine Wolf, Studentin,

Brücknerstr. 5, 97080 Würzburg,
0931-2609499christine.wolf@gmx.net

Lutz Taubert, Redakteur

Grabmannstr. 11, 81476 München
089-89162036 bachtaube@freenet.de

Dr. Annekathrin Preidel, Biologin

Mitglied der LS, Pirkheimerweg 5,
91058 Erlangen, 09131-604784
annekathrin.preidel@googlemail.com

Geschäftsführung:

Beate Rabenstein, Hermann-Löns-Str.
19, 90765 Fürth-Espan,
0911-7807204 fax 7807383
f-b-rabenstein@gmx.de

Regionalgruppen

Nürnberg

Dr. H.-G.Koch/Artur Ziegenhagen,
Tuchergartenstr. 5, 90403 Nürnberg,
Tel.: 0911-536909, mail [gae-
nuernberg@t-online.de](mailto:gae-
nuernberg@t-online.de) Nächster
Termin 11.Oktober 2012 18-20 Uhr
Gemeindehaus Lutherkirche

Bayreuth

Martin Kleineidam/Dr. Jürgen Wolff,
Richard-Wagner-Straße 24, 95444
Bayreuth, Tel.: 0921/5606811 mail
wolff@ebw-bayreuth.de
Nächster Termin 17.7.2012 19.00
Gasthaus Pferch, Thema Wirtschafts-
ethik/Gartenschau, Mitfahrgelegenheit
18.30 am ebw

München

Pfarrer i.R. Gerhard Monninger
Buttermelcherstr. 19,80469 München,
089-88983534
gerhardmonninger@web.de
Einladung folgt von dort

NEU: RG Würzburg

Christine Wolf und Kristina Reichert
Einladung nächstes Treffen von dort

Der AEE im internet unter [www.aee-
online.de](http://www.aee-
online.de). Dort mehr Informationen.

Impressum: Herausgeber ist das

Leitende Team des AEE
ViSdP Dr.H.G.Koch, Fürth
Druck: dct Coburg, Auflage 800
auf 100% Recycling-Papier

